

Liebe Genossinnen und Genossen, werte Gäste!

(Haushalt)

Die Haushalt-Situation Leipzigs ist vor allem durch die rigide Haushaltspolitik und die „sinkende Finanzierungsverantwortung in Land und Bund“ immer komplizierter geworden. Durch die Kürzungen im Sozialbereich, die am Donnerstag von der schwarz-gelben Koalition in Berlin durchgepeitscht wurden, fallen für Leipzig ca. 47 Millionen Euro Einnahmen weg. Auch die von der Landesregierung geplanten Kürzungen schlagen auf Leipzig durch – 20 Millionen ebenfalls im Sozialbereich. Daher ist abzusehen, dass Leipzigs seinem traurigen Ruf als Armutshauptstadt mit einer steigenden Armutsquote – von 27% auf ca. 33% - immer stärker gerecht wird. Das kann niemand weglächeln, weder Frau Merkel, noch Herr Tillich, aber auch nicht Oberbürgermeister Jung.

Dazu kommen erhebliche finanzielle Einbußen im Zusammenhang mit Städtebauförderung oder im Kulturbereich.

Leipzig geht an die Haushaltsplanung mit einem Defizit von gesamt 54 Millionen € heran. Das macht deutlich: – ohne die Kürzungen in Berlin und Dresden hätte Leipzig für 2011 einen ausgeglichenen Haushalt!

Selbst der neue Finanzbürgermeister Bonew spricht unter diesen Umständen von einer Gemeindefinanzreform, eine Forderung, die wir schon seit vielen Jahren vertreten, wie auch der Deutsche Städtetag. Doch sieht es in Berlin nicht so aus, als ob man die Sorgen der Kommunen irgendwie ernst nimmt.

Die gewesene Finanzbürgermeisterin Kudla verteidigt das Sparpaket der Bundesregierung als „ausgewogen und sozial gerecht“ und die Sozialkürzungen sogar als „unterproportional“. Dabei fordert sie die Stadt seit ihrem Amtswechsel penetrant auf, endlich zu sparen. Auf ihrer Webseite formuliert sie im Übrigen – und ich zitiere: „Leipzig... liegt mir besonders am Herzen. Viele Entscheidungen, die auf Bundesebene getroffen werden, haben einen direkten Einfluss auf die Kommunen. Hier möchte ich gerne ansetzen und vor allem in finanzpolitischer Hinsicht dafür sorgen, dass Leipzig ... weiterhin an Attraktivität gewinnt“. Ich habe mich schon manches Mal gefragt, welches Ausmaß politische Dummdreistigkeit annehmen kann. Vielleicht sollte man dafür eine Maßeinheit schaffen, die mit „K“ beginnt!

Was plant die Verwaltungsspitze angesichts des massiven Spardruckes? Unter diesen katastrophalen Bedingungen einen ausgeglichenen Haushalt hinzulegen, ist nur mit erheblichen Substanzverlusten zu erreichen. Das betrifft Etwa 80 Prozent der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes sind durch Gesetze oder langfristige Verträge festgeschrieben. Den Haushaltentwurf 2011 werden wir im November erhalten. Eckpunkte sind uns inzwischen bekannt.

Das darin beschriebene Dreisäulenmodell sieht Kürzungen in den einzelnen Dezernaten als Konsolidierungsbeiträge, eine Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer sowie Anteilsverkäufe kommunaler Unternehmen vor.

Doch bei den geplanten Konsolidierungsbeiträgen in Höhe von 8 Mio. Euro zeichnen sich massive Ungleichgewichte bei der Verteilung der Einsparung zwischen den einzelnen Dezernaten ab. Eine Neujustierung der Sparvorgaben zwischen den Dezernaten ist daher für uns unerlässlich.

Im Kulturdezernat mit einem vorgegebenen Sparvolumen von einer Mio. Euro soll hingegen das Naturkundemuseum geschlossen werden. Damit spart die Stadt 2011 ganze 92.750 Euro ein. Allein unser im Stadtrat abgelehnter Antrag auf Einführung einer Kulturförderabgabe

hätte zusätzliche Einnahmen von 1,72 Mio. Euro erbracht. Darüber hinaus ist noch völlig offen, was mit dem wertvollen Fundus des Museums geschehen soll. Wir lehnen ein solches Vorgehen ab. Weitere Argumente findet Ihr in unserem Fraktionsflyer.

In einer Stadt mit wachsenden sozialen Spannungen ist es zudem nicht hinnehmbar, warum zwei offene kommunale Jugendclubs, geschlossen werden sollen. Darüber hinaus will auch die Stadt neben den Kürzungen des Landes (Minus 510.000 Euro) die Fördermittel für die Kinder- und Jugendarbeit der Freien Träger kürzen (Minus 200.000 Euro). Das ist ein massiver Einbruch in der Jugendhilfelandchaft. Es ist deshalb zu befürchten, dass noch mehr Freizeitzentren in der Stadt schließen müssen.

Insgesamt sehen wir die Kürzungen bei den Vereinen und Verbänden in Höhe von 879.000 Euro äußerst kritisch. (z. B. Sportförderung: Minus 150.000 Euro, Kultur: Minus 317.250 Euro, Sozialamt: Minus 286.550 Euro).

Damit wird die Realisierung der für den sozialen Zusammenhalt der Stadt wichtigen Aufgaben grundsätzlich in Frage gestellt.

Dabei sehen wir die Gefahr, dass der massive Spardruck zur Entsolidarisierung der Betroffenen führt, dass sich das Prinzip „Oh heiliger Sankt Florian,, verschon mein Haus, zünde andre an“ durchsetzt, ein Prinzip, bei dem am Ende alle auf der Strecke bleiben.

Dennoch beginnen sich Proteste zu regen, in allen betroffenen Bereichen.

Die Stadtratsfraktion hat sich gemeinsam mit den linken Leipziger Abgeordneten in Bund und Land unter dem Motto „Kommunen in Not“ aktiv an den Protesten beteiligt. Doch hatte ich manchmal das Gefühl, dass Bürgerinnen und Bürger schon so lethargisch und entpolitisiert sind, dass sie sich für ihre eigenen Interessen kaum noch einsetzen.

Dagegen, liebe Genossinnen und Genossen, müssen wir angehen – im Stadtrat, im Stadtverband und in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

Wie der Leipziger Volkszeitung vom 27. Oktober 2010 zu entnehmen war, planen die Verwaltungsspitze der Stadt und die Führung der Leipziger Verkehrs- und Versorgungsgesellschaft LVV, neuerlich substantielle Beteiligungen der Stadt zu privatisieren. Nach der Pressemitteilung der LVV-Geschäftsführung „hat sie dem Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 26.10.2010 vorgeschlagen, den Prozess zur Veräußerung von drei Beteiligungen (HL komm, perdata, Wassergut

Canitz) ... einzuleiten. ...Der Aufsichtsrat ist den Vorschlägen der Geschäftsführung nicht gefolgt und hat dem Beteiligungsverkauf ... mehrheitlich nicht zugestimmt. ... Der Oberbürgermeister wird gebeten, nun Maßnahmen auf Gesellschafterebene einzuleiten.“ Was heißt, der Misserfolg im Aufsichtsrat soll durch einen Stadtratsbeschluss ausgehebelt werden.

Zum Wassergut Canitz hat sich Stadtrat und Wasserwerker William Grosser schon ausführlich geäußert (und wird das sicher gern noch einmal tun) Daher ein paar Worte zu den anderen Unternehmen: Es geht dabei vor allem um die Frage, welche Rolle die angebotenen Dienstleistungen für die Grundversorgung der Bevölkerung bereits heute hat – und in Zukunft noch haben wird. Selbst die schwarz-gelbe Bundesregierung bestätigt in ihrem Koalitionsvertrag, bei Telekommunikation und Datenübertragung handelt es sich um kommunale Angebote der Daseinsvorsorge und damit um eine strategische Säule der kommunalen Wirtschaft. Kaum ein anderer Sektor ist bei Wachstum und Innovation so dynamisch wie Telekommunikation und Datenübertragung. Die Anwendungen und Dienstleistungen, die über Internet und Datenleitungen angeboten werden, entwickeln sich mit rasender Geschwindigkeit und werden in den kommenden Jahren zunehmend den Alltag der Bürgerinnen und Bürger verändern. Darüber hinaus ist die HL komm eine hochprofitable Tochter der SWL. In den letzten zehn Jahren flossen durch sie 36 Millionen Euro in den

Stadthaushalt Leipzigs. Schließlich darf auch deren Bedeutung als Wirtschaftsfaktor für die Region nicht unberücksichtigt bleiben. So wurden durch die HL komm seit 1997 ca. 90 Mio. Euro in die regionale Infrastruktur investiert, deren Auftragsvolumen zu rund 90 Prozent an mittelständische Unternehmen der Region vergeben wurde.

Deshalb haben wir gute Gründe dafür, zu sagen: Wir stehen den genannten Verkäufen sehr kritisch gegenüber.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Neben unserer umfangreichen Sacharbeit sind wir in der Öffentlichkeitsarbeit vorangekommen – davon zeugt unsere neue, stets aktuelle Internetseite, der neue „Löwenzahn“, davon zeugt die rasche Reaktion auf kommunale Probleme mit Flyern. Die Fraktion arbeitet – und das merkt man auch – im Technikzentrum der LVB, das merkte man am 16. Oktober, das merkt man am Elsterstausee und an vielen anderen Orten.

Euch liegt eine Zwischenbilanz über ein Jahr Stadtratsarbeit vor. Die Fakten sind nachzulesen - deshalb nur noch einige Bemerkungen. Die Arbeit im Stadtrat ist nicht einfacher geworden. Mehrheiten gibt es nur im Dreierpack, und manche Schärfe aus Bund und Land dringt bis in den Plenarsaal durch. Dennoch bleiben wir bei dem Prinzip, gemeinsame Schnittmengen zu suchen, um Vorhaben mehrheitsfähig zu machen und damit durchzusetzen. Unsere Devise bleibt: Sacharbeit, und das sozial, solide und nachhaltig.